

Pressemitteilung

Mörfelden-Walldorf, 18.02.2020

Stellungnahme zur kontaminierten Erde am Frankfurter Flughafen

Die Fraktion der Freien Wähler hat die Diskussionen der letzten Wochen um das geplante Bodenlager am Frankfurter Flughafen mit großem Interesse verfolgt.

Faktenlage

Am Frankfurter Flughafen gibt es eine Kontaminierung von Teilen des Bodens. Die betroffenen Flächen sind nun ausgerechnet jene, welche für den Bau des neuen Terminal 3 vorgesehen sind. Bei Durchführung der Erdarbeiten ist diese Kontaminierung nun durch Messungen bestätigt worden und der Frankfurter Flughafen hat bei der zuständigen Genehmigungsbehörde Mitte letzten Jahres eine Lagerung dieses Erdaushubs beantragt. Vorgesehen ist eine versiegelte Lagerung auf dem Gelände des Flughafens.

Die Kontaminierung ist mit großer Wahrscheinlichkeit auf Löschschäume zurückzuführen, welche zu Zeiten der amerikanischen Air Base genutzt worden sind. Es handelt sich hierbei um poly- und perfluorierte Chemikalien, kurz PFC. Die Gefahr dieser PFC ist seit einigen Jahren bekannt und führte dazu, dass derartige Löschschäume heutzutage größtenteils nicht mehr eingesetzt werden. Die größte Gefahr an diesen Giftstoffen liegt darin, dass sie in Wasser gelöst werden und somit in Grund- und Trinkwasser gelangen können und so weiter in die Nahrungskette für Mensch und Tier gelangen können. PFC ist nach Ansicht einiger Wissenschaftler krebserregend. Auch wenn die Gefahren, welche durch PFC hervorgerufen werden können nun bekannt sind, stellt sich die Entsorgung heute immer als sehr schwierig dar. Eine endgültige Eliminierung der Giftstoffe ist nach der Einschätzung des HLNUG nur beim Verbrennen mit einer Temperatur höher 1000°C möglich. Aktuell gibt es kaum Entsorgungsmöglichkeiten für diese Giftstoffe.

Unsere Einschätzung

Was bedeutet dies nun für die Bürger*innen, insbesondere für die Bürger*innen von Mörfelden-Walldorf?

Das PFC ist im Boden angereichert, außerdem gibt es bereits Bodenaushub, welcher auf verschiedenen Freiflächen des Flughafens verteilt ist. Im Sinne eines umweltbewussten Umgangs mit diesen Stoffen bedeutet dies, dass eine weitere Kontaminierung des Grundwassers so schnell wie möglich unterbunden werden muss. Seit April 2018 ist Fraport auf der Suche nach Dienstleistern zur fachgerechten Entsorgung und hat hierzu mehrere europaweite Ausschreibungen gestartet. Solange der Flughafen als verantwortliches Unternehmen für den Bodenaushub noch keine finale Entsorgung durch externe Firmen gewährleisten kann, ist eine Zwischenlagerung auf dem Gelände des Flughafens die beste Alternative für Mensch und Natur. Ein Verbleib dieser Bodenmassen im Boden und auf den aktuellen Freiflächen führt nach Aussage der Experten nur dazu, dass mehr Grundwasser mit PFC versetzt wird. Ein abgedichtetes Bodenlager, wie es geplant ist, führt somit nur zu einer Verbesserung der Ist-Situation.

Die Alternative, ein anderes Zwischenlager zu suchen, halten wir aus Transportgründen und die damit verbunden verkehrsbedingten Emissionen als kritisch.

Einen Baustopp zu beantragen, ist bezogen auf die noch im Boden befindlichen Gefahrenstoffe nicht zielführend, da ansonsten das Grundwasser aufgrund der zeitlichen Verzögerung noch mehr belastet würde als notwendig.

Zwischenzeitlich hat die Fraport AG in einer Pressemitteilung am 14.02.2020 verlauten lassen, dass zwischenzeitlich ausreichend Angebote von Fachfirmen zur Entsorgung vorliegen, so dass das Zwischenlager eventuell gar nicht notwendig sein wird.

Auch wenn wir eine Zwischenlagerung aus den genannten Gründen befürworten, sind wir enttäuscht, dass die Fläche nicht für den Bau von Frachtflächen benötigt wird. War die Rodung des Bannwalds also wirklich nötig?

Transparenz und Beteiligung

Wir möchten in diesem Zusammenhang gerne auf die Angebote vom Bürgermeister eingehen. Thomas Winkler hat nun wiederholt durch Pressemitteilungen verlauten lassen, dass er eine transparente Politik betreiben möchte, ferner hat er auch betont, dass er mit der Koalition konstruktiv zusammenarbeiten möchte. Dies würden wir gerne wahrnehmen, müssen nur leider wiederholt feststellen, dass zwischen Wort und Tat eine große Kluft herrscht.

In Bezug auf die Problematik mit dem Bodenlager hat Herr Winkler zum Beispiel erklärt, dass die Stadt seit Juli bereits Informationen zu dieser Thematik besäße. Bedauerlich ist allerdings, dass der Magistrat erst Mitte Oktober über den Eingang der Unterlagen informiert worden war, nachdem der Bürgermeister bereits eine eigene, nicht abgestimmte Stellungnahme verfasst hatte.

Wir würden es begrüßen, wenn Herr Winkler seine Transparenz- und Kooperationsankündigungen auch in die Tat umsetzt und Unterlagen nicht weiter über längere Zeiträume unter Verschluss hält.

Stephan Middelberg,

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Freie Wähler Mörfelden-Walldorf e.V.